

Die Ratsmitglieder Heedt und Pilz nehmen gem. § 31 GO NW an der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes nicht teil.

Bürgermeister Töpfer erläutert zunächst den geringfügig geänderten Beschlussvorschlag, der den Ratsmitgliedern als Tischvorlage vorliegt. Anschließend geht er ausführlich auf die Situation ein. Er legt dar, warum aus seiner Sicht die finanzielle Lage der Gemeinde Marienheide heute so prekär ist, dass über die Schließung einer beliebten Einrichtung beschlossen werden muss.

Anschließend folgen die Stellungnahmen der Fraktionsvorsitzenden der im Rat vertretenen Parteien. Die Stellungnahmen der CDU, SPD und der FDP sind der Niederschrift als Anlage nachgeheftet.

Ratsmitglied Vach führt aus, dass er keine Fraktionserklärung abgeben kann, da die nur aus 2 Mitgliedern bestehende Fraktion der UWG auch 2 unterschiedliche Meinungen zu dem Thema hat. Die Gründe, die zur finanziellen Misere geführt haben, wurden von den Vorrednern angesprochen. Er drückt ausdrücklich seine Freude aus über die Bemühungen der Vereine, das Hallenbad als Attraktivität für Marienheide zu erhalten und sagt seine Unterstützung zu. Er spricht den Solidarpakt an, den Antrag der UWG-Fraktion diesbezüglich und dass es Gemeinden gibt, die sich dagegen wehren.

Er stimmt der Aussage der FDP-Fraktion zu, die den Vereinen gewährte Frist bis Ende des Jahres ggf. zu verlängern und sagt zum Schluss seiner Ausführungen, dass er der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde.

Die FDP-Fraktion hat im Zusammenhang mit ihrer Stellungnahme eine **Änderung des Beschlussvorschlags** der Verwaltung beantragt. Sie wünscht, dass in Punkt bb) Absatz 3 der letzte Satz („Die Zuschusszusage muss unter einem jährlichen Widerrufsrecht stehen, da zu befürchten ist, dass sich die Rahmenbedingungen für Nothaushaltsgemeinden in der Zukunft verschärfen werden“) gestrichen wird.

Über diesen Antrag wird nach kurzer Aussprache abgestimmt. Der Antrag wird mit **17 Nein**-Stimmen bei **8 Ja**-Stimmen und **1 Enthaltung** abgelehnt.

Danach wird über den von der Verwaltung vorgelegten Beschlussentwurf abgestimmt.